

II-5091 der Vellagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

1010 Wien, den 11. Mai 1979
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

2431/AB

1979 -05- 11

zu 2439 J

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Melter,
Dr. Schmidt und Genossen betreffend die Senioren-
ausweise der ÖBB - Benachteiligung der Kriegsofper
(Nr. 2439 J)

Die Herren Abgeordneten Melter, Dr. Schmidt und Genossen
haben an mich folgende Frage gestellt:

Werden Sie sich dafür einsetzen, daß seitens der ÖBB in
Hinkunft bei der unentgeltlichen Abgabe der Berechtigungsmarken für die Seniorenermäßigung die Kriegsofpergrundrenten nicht mehr als anrechenbares Einkommen berechnet werden?

Ich beehre mich, in Beantwortung dieser Frage folgendes mitzuteilen:

Die Einräumung von Fahrpreisermäßigungen und das Festlegen der Konditionen hiefür obliegt der Tarifgestaltung der Österreichischen Bundesbahnen.

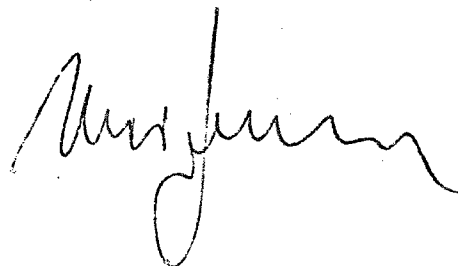
Die vorgeschlagene Regelung würde Einkommen, die einer Person zufließen, unterschiedlich bewerten. Eine solche Vorgangsweise, die nicht bloß auf die Einkommenshöhe abstellt, müßte von anderen Pensionisten mit gleichem Einkommen mit Recht als eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes aufgefaßt werden.

Ich werde mich aber im Rahmen der dem Sozialressort zustehenden Kompetenzen, so wie bisher, auch weiter dafür verwenden, daß den Behinderten Hilfe für eine bessere Mobilität gewährt wird.

So darf ich darauf hinweisen, daß Kriegsbeschädigte ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 v.H. ohne

Rücksicht auf ihr Alter die Berechtigungsmarke zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung auf den Österreichischen Bundesbahnen unentgeltlich beziehen. Bei Pflege- oder Blindenzulagenempfängern erfolgt überdies noch die Beförderung einer Begleitperson kostenlos. Für beide Maßnahmen werden die Kosten vom Bund und aus Mitteln des Ausgleichstaxfonds getragen.

Desweiteren erhalten jene Behinderten, die als begünstigte Invalide nach dem Invalideneinstellungsgesetz im Erwerbsleben stehen und wegen der Schwere ihrer Behinderung auf den Gebrauch eines Rollstuhles angewiesen sind, aus den Mitteln des Ausgleichstaxfonds eine Fahrtkostenbeihilfe in der Höhe von derzeit 2.900 Schilling jährlich.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'M. J. ...', written in a cursive style.